

Pressekonferenz, 15. August 2012

Bildungsmonitor 2012

**Infrastruktur verbessern
Teilhabe sichern
Wachstumskräfte stärken**

Statement

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Bildungsmonitor 2012 – Infrastruktur, Wachstum, Teilhabe

Der Bildungsmonitor 2012, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt hat, misst und vergleicht, in welchen Handlungsfeldern der Bildungspolitik Fortschritte erzielt werden konnten.

Ziel des Bildungsmonitors ist es, die bildungsökonomischen Ziele des Bildungssystems zu betrachten und Fortschritte in den Bundesländern auf dem Weg zu mehr Wachstum und sozialer Teilhabe zu dokumentieren. Hierbei legen die Wissenschaftler ein besonderes Augenmerk auf die Infrastruktur.

Wir möchten mit dem Bildungsmonitor mehr Transparenz im Wettbewerb um das beste Bildungssystem schaffen.

Denn eine gute schulische, berufliche und wissenschaftliche Ausbildung der jungen Bürgerinnen und Bürger ist von zentraler Bedeutung für die Wachstumsaussichten Deutschlands. Volkswirtschaften mit einer starken Qualifikationsbasis gelingt es, attraktive Investitionsbedingungen zu schaffen und Sachkapital auch aus anderen Ländern anzuziehen. Ferner sind diese Länder erfolgreicher darin, neue Produkte und Technologien zu entwickeln.

Ein zentrales Ziel nachhaltiger Bildungspolitik muss es sein, Bildungsarmut zu vermeiden und allen Kindern und Jugendlichen eine gute schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Denn Soziale Marktwirtschaft muss vor allem Teilhabechancen für alle garantieren.

Konkret heißt das, dass wir die individuelle Förderung in Kindergärten und Schulen weiter verbessern müssen. Dies funktioniert über eine verstärkte Sprachförderung und die Etablierung von Bildungsplänen bereits im Kindergarten. Insbesondere Kinder aus Zuwandererfamilien und aus bildungsfernen Elternhäusern müssen verstärkt gefördert und schon früh in unser Bildungssystem integriert werden.

Eine zentrale Rolle – wenn nicht sogar DIE herausragende Rolle – spielen dabei Lehrer und Erzieher. Auch sie müssen endlich in den Fokus der Reformen unseres Bildungssystems gerückt werden. Der Lehrerberuf muss in unserem Land eine Aufwertung erfahren – es sind diese Menschen, die tagtäglich an der Zukunft unserer Kinder arbeiten! In diesem Zusammenhang setzt die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern einen falschen Anreiz. Denn sie führt nicht dazu, dass sich nur die besten und motiviertesten für den Beruf entscheiden. Die Leistungsvergütung sollte deshalb von Grund auf reformiert werden, weg von einem starren, hin zu einem flexiblen System mit leistungsorientierter Vergütung – denn es ist die Leistung der Lehrer und Erzieher, die unser Land jetzt am dringendsten benötigt, um auf die zentralen Herausforderungen der Zukunft reagieren zu können.

Damit unser Bildungssystem in Zukunft besser und schneller auf Fachkräfteengpässe reagieren kann, müssen wir die Durchlässigkeit deutlich steigern. Wir müssen die Hochschulen für Berufspraktiker öffnen, also beruflich erworbene Kompetenzen als Hochschulzugangsberechtigung anerkennen. Zudem sollten sich die Hochschulen deutlich stärker im Bereich der Weiterbildung engagieren – dies ist eines der zentralen Handlungsfelder der Bildungspolitik in den kommenden Jahren. Die Erschließung aller Bildungsreserven ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft und Gerechtigkeit.

Sachsen und Thüringen belegen die Spitzenplätze – Berlin gibt die rote Laterne ab

Der Aufwärtstrend, den wir schon in den vergangenen Jahren festgestellt haben, hat sich in diesem Jahr fortgesetzt. Im Vergleich der 16 Bundesländer weisen Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg deutliche Vorsprünge gegenüber den übrigen Ländern auf. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind weiterhin beträchtlich – sie haben sich jedoch leicht reduziert.

Sachsen erreicht im Vergleich der Bundesländer wiederum den ersten Platz, gefolgt von Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern.

Die beiden Erstplatzierten Länder schneiden in den meisten der 13 untersuchten Handlungsfelder sehr gut ab. Thüringen weist der Bildung im öffentlichen Ausgabeverhalten die höchste Priorität aller Bundesländer zu – gibt also pro Kopf am meisten Geld für die Bildung seiner Bürger aus. Ferner zeichnen sich Sachsen und Thüringen durch die besten Betreuungsbedingungen für kleine Kinder und die am stärksten ausgebaute Förderinfrastruktur aus. Verbesserungsbedarf besteht allerdings auch unter den Spitzenreitern bei der Effizienz der eingesetzten Mittel.

Überraschend große Sprünge nach vorn verzeichnen in diesem Jahr die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Hamburg konnte sich im Vergleich zum letzten Jahr vom 14. auf den achten Platz vorarbeiten und ist damit auch der Sieger unseres Dynamikrankings. Große Stärken weist die Hansestadt in den Handlungsfeldern berufliche Bildung, Akademisierung und Inputeffizienz auf. Verbesserungspotenziale bestehen insbesondere in der Schulqualität.

Bremen bleibt ein Bundesland der Bildungs-Extreme. Große Stärken weist das Bundesland bei der Akademisierung und der MINT-Orientierung auf. Großer Verbesserungsbedarf besteht aber weiterhin bei der Ausgabenpriorisierung, der Bekämpfung von Bildungsarmut und der Sicherung der Schulqualität.

Eine gute Nachricht können wir endlich für Berlin verkünden. Berlin gibt in diesem Jahr die rote Laterne ab. Damit verbunden leider auch die schlechte Nachricht für Schleswig-Holstein: die Nordlichter belegen in diesem Bildungsmonitor den letzten Platz. Akuter Handlungsbedarf besteht dort besonders bei der Akademisierung und den Betreuungsbedingungen für kleine Kinder. Die Bundeshauptstadt hat ihre Stärken bei der Forschungsorientierung, der Förderinfrastruktur und den Betreuungsbedingungen.

Trotz der vielen positiven Entwicklungen, die wir jedes Jahr feststellen können, bleibt noch viel zu tun: Alle Bundesländer müssen intensiv am Ausbau der frühkindlichen Betreuungsinfrastruktur weiterarbeiten. Die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ist und bleibt der Schlüssel zu einer guten Bildung- und Ausbildung. Investitionen in die Bildungssysteme können im besten Sinne als „investive Sozialpolitik“ bezeichnet werden. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel von der nachsorgenden Sozialpolitik zur vorsorgenden Bildungspolitik.